

Mit Paul Schiefer im Studio. Guten Abend. Ex-Burgsschauspieler Florian Teichtmeister ist heute zu einer bedingten Haftstrafe von zwei Jahren unter strengen Auflagen verurteilt worden. In den kommenden Jahren sollen 50.000 neue Kindergartenplätze in Österreich entstehen, heute Familienministerin Susanne Raab und bekräftigt damit die Ankündigung des Bundeskanzlers im ORF-Sommergespräch. Russland und Nordkorea rücken militärisch näher zusammen,

dass berichten US-amerikanische Medien noch in diesem Monat solle sein Treffen zwischen Kim Jong-un und Vladimir Putin geben. Der türkische Präsident Erdogan bemüht sich weiter darum, den Getreide-Deal zwischen Russland und der Ukraine wiederzubeleben. Und ein weiterer Dokumentarfilm über Ex-Kanzler Sebastian Kurz kommt demnächst in die Kinos. Heute wurde er zum ersten Mal im Rahmen einer Pressevorführung gezeigt. Die Wetteraussichten hat Nikola Biermeier. Strahlend sonnig klingt der Dienstag aus und die kommende Nacht verläuft meist Sternklar. In einzelnen Becken und Tälern kann es jedoch neblig werden. Die Temperaturen sinken auf 16 bis 6 Grad. Morgen Mittwoch scheint wieder meist den ganzen Tag die Sonne, Frühnebel lockert auf und dann ist es verbreitet sogar wolkenlos. Beteils leb auf dem Südostwind legen die Temperaturen zu und erreichen 23 bis 31 Grad. Immer wieder hat sich der Prozess im Fall Teichtmeister verzögert, aber heute war es soweit. Der Ex-Schauspieler ist vor Gericht erschienen, hat sich schuldig bekannt und wurde dann auch schuldig gesprochen. Wegen des Besitzes und der Herstellung von zehntausenden Missbrauchsdarstellungen von Kindern und Jugendlichen. Teichtmeister ist zu zwei Jahren bedingterhaft verurteilt worden und auch zu einer bedingten Einweisung in eine Anstalt. Er muss strenge Auflagen erfüllen und hat eine Probezeit von fünf Jahren. Berte Tomasowicz war für uns beim Prozess dabei. Etwa 40 Minuten hat es gedauert, dann hat der Richter sein Urteil und auch das Strafmaß verkündet. Zwei Jahre Gefängnis, Einweisung in ein forensisch-therapeutisches Zentrum, das ist der bisherige Maßnahmenvollzug. Beide Strafmatterrichter bedingt erlassen, allerdings mit strengen Auflagen. So muss Teichtmeister seine Therapie fortsetzen und es wurde auch eine spezielle Behandlung angeordnet, mit der Teichtmeister seine Pädophilie in den Griff bekommen soll. Außerdem muss er alle zwei Monate unaufgefordert dem Gericht nachweisen, dass er weder Alkohol noch Drogen konsumiert hat.

Ein ausgewogenes Urteil nennt das Teichtmeistersverteidiger Rudolf Meier.

Ich will sagen, das Urteil war so, dass mein Mandant eine Chance hat für ein weiteres Leben. Und es war das Urteil auch so, dass präventive Opfer nicht mehr geschädigt werden können. Also ein ausgewogenes Urteil, das nicht nur die Interessen des Beschuldigten warnen, sondern das auch die Interessen der Opfer wahrnimmt.

Die Staatsanwältin hat noch keine Erklärung abgegeben, das Urteil ist somit nicht rechtskräftig.

Erschwerend für sein Urteil hat der Richter den langen Zeitraum genannt. Teichtmeister hat von 2008 bis 2021 kinderpornografische Darstellungen konsumiert und hergestellt.

Erschwerend sei auch die große Anzahl an Dateien. Mehr 76.000 wurden sichergestellt.

Interessant ist in der Urteilsbegründung, was der Richter als Strafmildern beurteilt hat.

Die bisherige Unbescholtenheit, das Geständnis oder auch der ordentliche Lebenswandel,

das sind Gründe, die man öfter hört. Im Fall Teichtmeister kommen aber noch die soziale Echtung hinzu. Die Richter. Er meint damit auch die Demonstrantinnen und Demonstranten, die vor Verurteilen schon hohe Strafen gefordert hatten. Das habe das Gegenteil bewirkt,

denn das Gericht lasse sich ein Urteil nicht von der Straße diktieren, so der Richter. Zu Prozessbeginn haben sich etwa zwei Dutzend Personen versammelt, um für Kinderschutz zu demonstrieren. Mit dabei ein Galgen, auf dem Teichmeisters Name steht. Für Strafrechtsexpertin an eine gefährliche Drohung, die Demo-Organisatorin nennt das ein Kunstobjekt. Nach dem Urteil ist es zu keinem Protest mehr gekommen. Wegen des Galgens und der Demo wurde unterdessen eine Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft Wien eingebracht. Berta Tomasowicz hat berichtet, der Fall Teichmeister ist bei weitem kein Einzelfall. In den vergangenen fünf Jahren hat es jeweils einige hundert Verurteilungen wegen des Besitzes und der Herstellung von Kindesmissbrauchsmaterial gegeben. Die Zahl der angezeigten Straftaten hat sich in den vergangenen zehn Jahren fast vervierfacht, berichtet Verunika Maula. Allein im Vorjahr sind mehr als 2000 Delikte angezeigt worden, knapp 92 Prozent der Fälle konnten aufgeklärt werden, sagt Heinz Holopfried Reichs Sprecher des Bundeskriminalamtes. Vor zehn Jahren waren es noch gut 550 angezeigte Straftaten. Wir sehen den Anstieg der Anzeigen zum einen beim technologischen Fortschritt. Das ist natürlich das Erstellen des Materials erleichtert worden, aber auch natürlich die Möglichkeit, wie ich mit dieses Material beschaffen kann. Also sei das jetzt im Tier nicht, im Tag nicht, über Social Media oder Messengerdienste. Ein weiterer Grund seien die Bilder und Videos, die sich Kinder und Jugendliche gegenseitig schicken. So war von den mehr als 2200 Tatverdächtigen gegen die letztes Jahr ermittelt worden ist knapp die Hälfte unter 18. 279 Tatverdächtige waren sogar strafunmündig, also unter 14 Jahre alt. Das ist natürlich für uns auch ein Grund, warum die Zahlen steigen, weil einfach die Kinder und die Jugendlichen nackt Fotos oder selbst hergestellte Videos an denen geschlechtliche Handlungen vorgenommen werden. Im gegenseitigen Einverständnis hin und her schicken. Dann wird aber das Einverständnis entzogen, es endet vielleicht eine Beziehung und dann wird aber das Material weiter verbreitet. Und was man nicht vergessen darf ist, wenn ein Foto mal im Internet ist, dann bleibt es dort auch. Das heißt, es kann dann eventuell in einschlägigen Formen wiedergefunden werden, bzw. dort von anderen Personen herunter geraten werden. Die gemeldeten Verdachtsfälle seien in den vergangenen zwei Jahren jedenfalls explodiert. Die ÖVP will die Kinderbetreuung in Österreich ausbauen, bis zum Jahr 2030 soll es dafür 4,5 Milliarden Euro geben. Diese Ankündigung des Bundeskanzlers bekräftigt heute auch Familienministerin Susanne Raab. Auf diese Weise sollen 50.000 neue Kindergartenplätze entstehen, Verena Brouher berichtet. Jedes Kind, das einen Betreuungsplatz braucht, soll bis 2030 auch einen bekommen, verspricht Familienministerin Susanne Raab von der ÖVP heute. In den letzten Monaten ist ein Konzept erarbeitet worden, wie viel Geld dafür von Bund, Ländern und Gemeinden notwendig sei. Mit dem Plan gehen wir nun in die Finanzausgleichsverhandlungen Susanne Raab. Jetzt geht es eben darum, dass wir derzeit 76.000 Kinder unter drei Jahren in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen betreuen. Und damit wir eine Betreuungsplatzgarantie schaffen, müssen wir

bis 2030 weitere 50.000 Plätze schaffen. Außerdem sollen Kindergärten künftig wiffkonform sein, das heißt länger offenhalten, damit Eltern Vollzeit arbeiten können. Das bedeutet, dass sie eine wöchentliche Öffnungszeit von mindestens 45 Stunden haben, an fünf Tagen die Woche. Ich will, dass die Betreuungseinrichtungen mindestens 9,5 Stunden täglich auf jeden Fall eben offen haben und

ganzjährig mindestens 47 Wochen der Kindergarten auch geöffnet ist. Der Koalitionspartner die Grünen

begrüßen die Pläne genauso wie die Gemeinden und die Wirtschaft. Sie sehen einen Schritt zu besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Skeptisch zeigen sich hingegen SPÖ, Nios und Gewerkschaften. 4,5 Milliarden müssen erst einmal im Finanzausgleich mit den Bundesländern verhandelt werden, seien also alles andere als fix, heißt es auch seitens der Arbeiterkammer. Wenn Österreich die Immatura gemacht hat, der kann auf den Unis weitere Abschlüsse machen. Nach

einer Lehre gibt es aber abgesehen von der Meisterprüfung kaum Möglichkeiten, sich weiter zu bilden. Das will die Regierung jetzt ändern. Ab dem kommenden Jahr sollen alle Lehrabsolventen formale Abschlüsse machen können, berichtet Maria Kern. Viele Lehrlinge würden nach dem Lehrabschluss gerne eine weitere Ausbildung machen. Doch das sei derzeit nur in einem Teil der mehr

als 200 Lehrberufe möglich, so Arbeitsminister Martin Kocher von der ÖVP. Ungefähr 80 davon haben eine Meisterprüfung. Danach als Möglichkeit, gerade im Handwerk und ungefähr 40 Befehlungsprüfungen

gibt es für andere reglementierte Gewerbe. Künftig sollen aber alle Lehrabsolventen die Möglichkeit bekommen, sich in ihrem Fach fortzubilden, Kocher. Die Idee ist, eine zweite Säule der beruflichen Bildung neben die Säule der akademischen Bildung zu setzen. Ähnlich wie der Bachelor, der Master und der BHD Abschluss auf den Unis, soll es nach der Lehre drei formale Abschlüsse geben. Zum Ziel, sagt Bildungsminister Martin Pollaschek von der ÖVP. Das bedeutet eine entsprechende Wertschätzung, aber auch die Möglichkeit der internationalen Vergleichbarkeit und fördert damit auch die Mobilität. Die Weiterbildungen sollen ab Herbst kommenden Jahres möglich sein. Durchgeführt werden sollen sie von Institutionen wie dem WIFI. Marianna Kühnel von der Wirtschaftskammer bringt Beispiele für Qualifizierungen.

Wir reden vom Dachdecker, vom Versadenbauer, der sich Richtung Photovoltaik oder Solatourmie weiterentwickelt. Wir reden vom Rauchfangkehrer, der zum Energieeffizienzberater wird. Wie hoch die Kosten für solche Fortbildungen sein werden und wer sie tragen muss, ist noch offen. Das entsprechende Gesetz wurde heute im Begutachtung geschickt.

Ein Blick auf die US ist 18.09 Uhr und Sie hören das Ö1-Abendjournal.

SPÖ-Bundespartei-Chef Andreas Barbler ist heute im Rahmen seiner Österreich-Tour im Burgenland unterwegs. Auf die Begleitung von Landespartei-Chef und Landeshauptmann Hans Peter Droskozil muss er dabei verzichten. Dieser ist im Ausland. Angeblich eine Terminkollision für die Barbler Verständnis zeigt. Erst am Wochenende hat Hans Peter Droskozil in einem Interview die Bundespartei kritisiert. Aus dem Burgenland berichtet Norbert Lina.

In Pinkerfeld besucht Andreas Barbler das SOS-Kindertorf, diskutiert dort über Kinderrechte und Kinderarmut.

Begleitet wird er unter anderem von Gemeinderäten. Dass weder der SPÖ-Bürgermeister noch Landespartei-Chef Hans Peter Droskozil mit dabei sind, störe ihn nicht, versichert Barbler. Dass

Droskozil in einem Interview mit der Kronzeitung gemeint hat, Barbler werde nun von schwierigen

Partei internen Dynamiken eingeholt, kommentiert er so.

Ich habe es nicht einmal richtig gelesen, ich habe berichtet, ich habe über das Interview so, wie ich gerade auf einen Kampaktur bin. Ich bekomme natürlich einige Dinge mit, wie wer etwas bewertet würde. Ich würde nie kommentieren in der Öffentlichkeit, schon gar nicht. Das ist nicht mein Weg.

Hans Peter Droskozil und er seien sich inhaltlich sehr nahe, sagt Barbler. Es geht um mehr Steuergerechtigkeit,

bessere Arbeitsbedingungen, beste Gesundheits- und Bildungspolitik.

Das sind die Zukunftsmodelle der Sozialdemokratie und das sind wir uns alle einig vom Burgenland über die Steiermark, in alle Bundesländer, dass das eigentlich die Gerechtigkeitsdebatte ist.

Dass ÖVP-Bundesparteiobmann und Bundeskanzler Karl Nehammer nun mehr Geld für Kinderbetreuung

verlangt, sei wenig glaubwürdig. Die ÖVP habe genau das Jahrzehntelang verhindert, so Andreas Barbler.

Nordkorea und Russland rücken enger zusammen, zumindest berichten das US-amerikanische Medien

unter Berufung auf amerikanische Regierungsmitarbeiter. Nordkoreas Staatschef Kim Jong-un will sich demnach noch in diesem Monat mit Vladimir Putin treffen. Es soll um die Lieferung von Attellerie-Munitionen an die russische Armee gehen, Christian Lininger berichtet.

Dass Russland dringend mehr Munitionen für seine Angriffe in der Ukraine überschaffen möchte, ist bekannt auch, dass es dabei an das international isolierte, aber hochgerüstete Nordkorea als möglichen Lieferanten denkt. Erst letzte Woche berichtete Herr der Sprecher des US-Sicherheitsrats John Kirby von einem Besuch des russischen Verteiligungsministers Segi Scheuger und Björn Young, um dort Waffengeschäfte anzubahnen. Am nötigsten braucht Russland

Attellerie-Munition beide Seiten im Ukraine-Krieg einen enormen Verbrauch, so Kirby letzte Woche.

Neu ist es heute aber, dass der Waffendil höchstpersönlich zwischen dem nordkoreanischen Machthaber Kim Jong-un und dem russischen Präsidenten Vladimir Putin fixiert werden soll, bei einem Gipfeltreffen zweier vom Westen geächterter Staatschefs also. Kim wird zu diesem Zweck noch diesen Monat nach Russland reisen. Das wollen zumindest die USA wissen, geben dies aber nicht offiziell bekannt, sondern haben stattdessen mehreren US-Medien die Informationen über den angeblich geplanten Gipfel zukommen lassen. Und auch noch weitere Details, etwa, dass das Treffen beim alljährlichen russischen Wirtschaftsvorraum in Vladivostok im russischen fernen Osten Mitte des Monats stattfinden könnte. Weiters, dass Russland neben Attellerie-Munitionen von Nordkorea gerne auch Panzabwehrraketen hätte und dass Nordkorea

am Gegenzug wohl auch einen seelischen Wunsch erfüllt bekommen wird, nämlich russische Technologie für Satelliten und Atomobrote. Russland gibt sich zu all dem vorerst aber noch bedeckt. Nein, dazu habe ich nichts zu sagen, so die erste Reaktion von Kreml sprechen Dmitry Peskov. Der türkische Präsident Erdogan wiederum wollte gestern im russischen Sochi das Getreideabkommen mit der Ukraine wiederbeleben. Doch Präsident Putin sieht

seine Bedingungen dafür derzeit nicht erfüllt. Trotzdem will sich der türkische Präsident weiter für eine Lösung einsetzen, berichtet aus Istanbul Katharina Wagner.

Der türkische Präsident hätte gestern nach seinem Besuch bei seinem russischen Amtskollegen Vladimir Putin lieber einen Durchbruch verkündet. Doch das blieb Erdogan versagt. Dennoch zeigt er sich zuversichtlich, schon bald eine Lösung für den Export von Getreide aus der Ukraine über das Schwarze Meer zu finden. Das betont er nicht nur bei der gestrigen Pressekonferenz im russischen Sochi. Auch gegenüber türkischen Medien lässt er heute wissen, er wolle mit UNO-Generalsekretär Guterres diesen Monat enge Gespräche führen. Vor allem hinsichtlich russischer Forderungen wie Alternativen zum SWIFT-Bezahlsystem für die russische Agrarbank und Versicherungen von Schiffen. Diese machten Exporte von russischem Getreide und Dünger zuletzt teuer. Laut westlichen Angaben lagen die Getreideausfuhr nach Russland zuletzt dennoch auf einem höchsten Niveau. Der Getreideexport aus der Ukraine ist durch den Krieg eingebrochen.

Er lag laut US-Angaben im vergangenen Jahr bei rund 13,5 Millionen Tonnen, davor bei knapp 19. Laut Erdogan müssen die Ukraine für einen neuen Getreide-Deal gemeinsame Schritte mit Russland gehen. Ein türkischer Vermittlungsversuch, den der Ukraine auf Ablehnung stößt. Der ukrainische Präsidenten Merada Podoliak lehnte heute Zugeständnisse an Russland entschieden ab.

Das Thema Asyl ist und bleibt ein ungelöstes Dauerthema in der EU und dazu liefert die europäische Asylagentur heute aktuelle Zahlen. Im ersten Halbjahr sind in der EU, der Schweiz und in Norwegen eine halbe Million Asylanträge gestellt worden. Da sind um fast 30 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres und damit die höchsten Halbjahreszahlen seit dem Jahr 2015. Aber in Österreich ist der Trend rückläufig, berichtet aus Brüssel Robert Sigmund.

In etwa 23.000 Asylanträge hat Österreich im ersten Halbjahr dieses Jahres verzeichnet. Das ist ein Rückgang von knapp 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im gleichen Zeitraum stiegen die Asylanträge in der gesamten EU um knapp 30 Prozent an. Laut der EU-Asylagentur handelt es sich EUweit um die höchsten Halbjahreszahlen seit 2016, als in Folge des Syrienkriegs hunderttausende Flüchtlinge nach Europa kamen. Und wie auch schon damals kommen nach heuer die meisten Flüchtlinge aus Syrien und Afghanistan, wo sich mittlerweile auch Hungersnötte abzeichnen.

Deutschland hat dabei mit mehr als 150.000 Anträgen mit Abstand die meisten Asylanträge in der EU. Im Innenministerium in Wien liest man deutsche Zeitungen, die über ein Asylwunder Österreich schreiben, nicht ohne Stolz. Die Ursache für den gegenläufigen Trend zur EU sieht man in den Maßnahmen, die in den letzten Monaten auf den Weg gebracht wurden. Viele Flüchtlinge kommen über das Mittelmeer nach Italien, auf Lampedusa etwa landeten innerhalb von 24 Stunden über 400 Migranten. Nur rund 40 Prozent der Asylanträge werden in der EU positiv beschieden. Die EU-Kommission in Brüssel arbeitet daher an Rückführungsabkommen

mit Drittstaaten für all jene, die kein Bleiberecht haben. Für heuer rechnet die EU-Asylagentur mit über einer Million Asylanträge. Ähnlich hohe Zahlen also wie zuletzt vor sieben bis acht Jahren.

Nach einem Bericht in der New York Times bestätigt heute auch die EU, dass sich ein schwedischer EU-Mitarbeiter im Iran schon länger in Haft befindet. Und er ist mit diesem Schicksal

nicht allein. Auch andere ausländische Staatsbürger sind dort in Haft, oft wird in ein Spionage vorgeworfen. Der Verdacht von Geißel-Diplomatie steht im Raum, berichtet Susanne Nevra-Kla. Schon seit über einem Jahr ist der 33-jährige schwedische EU-Diplomat im Iran in Haft. Das bestätigt jetzt auch der EU-Außenbeauftragte Joseph Borell. Es ist ein schwedischer Staatsbürger, der für die EU gearbeitet hat. Er wird seit 500 Tagen im Iran illegal festgehalten, so Borell. Borell persönlich sowie sein gesamtes Team setzen sich für die Freilassung des Schweden ein. Auf allen Ebenen der EU-Institutionen. In enger Abstimmung mit den schwedischen Behörden und der Familie des Mannes lässt Borell heute wissen. Das Thema werde bei jedem diplomatischen Zusammentreffen mit dem Iran, egal auf welcher Ebene vorgebracht, sagt Borell und verspricht auch nicht aufzugeben. Im Iran befinden sich derzeit mehr sein Dutzend westlicher Staatsbürger in Haft. Den meisten wird Spionage vorgeworfen. Die meisten Betroffenen haben eine Doppelstaatsbürgerschaft, sind also auch iranische Staatsbürger. Nicht so im erst jetzt bekannt gewordenen Fall des schwedischen EU-Mitarbeiters. Warum der Fall geheim gehalten wurde, bleibt vorerst unklar. Der Iran lässt verhaftete Ausländer immer wieder im Rahmen von gefangenen Austausch frei. Kritiker sprechen auch von sogenannter Geisel-Diplomatie, bei der westliche Ausländer als Pfand bei Verhandlungen eingesetzt werden. In München ist heute die Internationale Auto- und Verkehrsmesse eröffnet worden und das große Gesprächsthema sind heuer die Schwächen der deutschen Hersteller und die wachsende Konkurrenz aus China. Bundeskanzler Olaf Scholz ist zur Eröffnung angereist, vielleicht auch als Zeichen der Ermutigung. Aus München berichtet Andreas Pfeiffer. Dass der Erfolg von Volkswagen, Mercedes oder BMW längst kein Automatismus mehr ist, lässt sich auf der Münchner Automesse besichtigen. Die neuesten und auch die erschwinglichsten E-Mobile tragen die Markennamen BYD, NIO, Ex-Peng oder Liebmotor und stammen allesamt aus China, das sich gerade anschickt, den europäischen Markt zu beackern. Dass die deutsche Industrie dem Elektro-Trend hinterherfährt, ist Bundeskanzler Olaf Scholz bewusst. Um sein Ziel zu erreichen, bis 2030 15 Millionen E-Autos auf deutsche Straßen zu bringen, startet er eine Ladestation Offensive. Wir werden als erstes Land in Europa ein Gesetz auf den Weg bringen, mit dem die Betreiber von fast allen Tankstellen dazu verpflichtet werden, schnell Lademöglichkeiten mit mindestens 150 Kilowatt für E-Autos bereitzustellen. Damit gehört Reichweitenangst bald endgültig der Vergangenheit an. Der Präsidentin des deutschen Automobilverbandes reicht das nicht. Sie beklagt Überregulierung und ersehnt eine tiefgreifende Reform der industriellen Rahmenbedingungen. Hildegard Müller. Die Steuer- und Abgabenlast ist international nicht wettbewerbsfähig. Unsere Energiepreise sind es erst recht nicht. Vor kurzem hat Volkswagen die chinesische Marktführerschaft an BYD verloren. Nur ein Ansporn für die deutsche Autoindustrie, die Mobilitätswende zu beschleunigen. In Kenias Hauptstadt Nairobi findet gerade der erste Klimagipfel Afrikas statt. Dutzende Staats- und Regierungschefs sind da sowie Vertreter der Zivilgesellschaft. Es geht dabei auch ums Geschäft. Afrika will sich als Kontinent der Chancen präsentieren für erneuerbare Energien. Nadia Hahn berichtet. Afrika sieht seine Chancen. Kenias Präsident William Ruto betont, Afrika habe erneuerbare Energiequellen im Überfluss.

Sonne, Wind, Erdwärme. Damit wolle man nun Geschäfte machen. Multi-Billion Dollar Economic Opportunities. Umweltorganisationen kritisieren, dass europäische Unternehmen gleichzeitig noch immer in neue Gasfelder in Afrika investieren. Ein Geschäft, auf das viele afrikanische Länder auch nicht verzichten wollen. Afrika ist von den Folgen der Klimakrise stark betroffen und braucht Geld, aber die Industrieländer im Norden halten ihre Versprechen nicht ein. Es braucht also neue Finanzierungen und deshalb ist auf dem Gipfel in Nairobi auch der umstrittene Handel mit Verschmutzungsrechten ein Thema. Yasmin Duregger von Greenpeace. Ein Bekenntnis zum Ausstieg aus fossilen Energien bleibt vorerst unrealistisch. Am 18. Oktober muss sich Sebastian Kurz wegen des

Verdacht auf Falschaussage im U-Ausschuss vor Gericht verantworten. Wenige Wochen davor kommt

überraschend ein weiterer Dokumentarfilm über den ehemaligen Kanzler ins Kino. Ausgerechnet zwei Wochen vor dem Kino-Start des türkisch-kritischen Films Projekt Ballhausplatz. Das Projekt hat die Gerüchteküche zum Brodeln gebracht. Heute ist der Film im Rahmen einer Pressevorführung zum

ersten Mal gezeigt worden. Julia Baskierer berichtet. Ein ÖVP-Werbefilm, ein geplantes Comeback von

Sebastian Kurz. Es wären derzeit viele Mutmaßungen im Umlauf, die falsch sind. Dementierte heute Mittag der österreichische Filmemacher Sascha Köln-Reitner, Regisseur des Kurzdokumentarfilms, der diesen Freitag in den Kinos anläuft. Grundsätzlich ist es mir wahnsinnig wichtig, festzuhalten, dass ich absolut niemals einen Film gemacht hätte, wenn der aus der Richtung der ÖVP kommen würde und wenn er aus dieser Richtung mitentschieden oder finanziert gewesen wäre. De facto finanziert wurde das Projekt anders als die parallel im Kino anlaufende, dezidiert kritische Sebastian Kurz-Doko-Projekt-Ballhausplatz nicht aus öffentlichen Geldern, sondern ausschließlich aus Eigenmitteln der deutschen Produktionsfirma Opus R. Kritisch geäußert zum Projekt haben sich in den vergangenen Tagen einige Interview-Partnerinnen und Partner, die in der Doku vorkommen.

Darunter Christian Kern, Matthias Strolls oder Stefanie Grisper, die vorab nicht richtig über das Projekt informiert worden sein wollen und nicht wussten, dass es sich um ein Kurz-Portree-Handle

meinte so etwa auch heute Michael Nickbach im Zuge der Pressevorführung. Ich habe ein Interview gegeben zu einem Film, der nach meinem Verständnis das politische System in Österreich das System

kurz beleuchten sollte. Gesehen habe ich jetzt ein Porträt des Ex-Politikers und Unternehmer Sebastian

Kurz. Und da waren sich heute Mittag die meisten Stimmen der Kritik einig. Ein mussiertes Porträt einer Politfigur sieht dann doch etwas anders aus. Und die Meldung hat Andreas Lechner. Der ehemalige Burgschauspieler Florian Teichtmeister ist am Wiener Straflandesgericht schuldig gesprochen worden. Das Urteil lautet auf zwei Jahre bedingt. Zudem wurde eine bedingte Einweisung

angeordnet. Für den Schulpruch gilt laut Gericht eine fünfjährige Bewährungszeit. Teichtmeister wurde der Besitz und die Bearbeitung von tausenden Missbrausdarstellungen von Kindern und Jugendlichen

vorgeworfen. Das Urteil ist nicht rechtskräftig. Die Bundesregierung will die Kinderbetreuung

ausbauen bis zum Jahr 2030, sollen dem nach 4,5 Milliarden Euro investiert werden. Begräftigt heute Familienministerin Susanne Raab die Ankündigung von Bundeskanzler Karl Nehammer. So sollen 50.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze geschaffen werden. Außerdem sollen Kindergärten

künftig länger offenhalten, damit Eltern Vollzeit arbeiten können, wenn sie das möchten. Der grüne Koalitionspartner, die Gemeinden und die Wirtschaft begrüßen die Pläne. Skeptisch hingegen zeigen sich Sozialdemokraten, Neos und Gewerkschaften.

Die ÖBB bauen ihr Angebot im Fernverkehr aus. Ab Dezember gibt es demnach neue Möglichkeiten, um mit dem Zug von Österreich nach Deutschland und zurückzufahren. Zwischen Hamburg und Wien

über Berlin und Nürnberg wird mit dem Fahrplan Wechsel im Dezember eine neue ICE-Verbindung eingerichtet, wie die Deutsche Bahn und die österreichischen Bundesbahnen heute bei einer Pressekonferenz in Berlin mitgeteilt haben. Zu dem fährt künftig jeden Tag ein ICE von Berlin über Frankfurt am Main und Stuttgart nach Innsbruck. Derzeit wird diese Verbindung nur an Wochenenden angeboten. Das Wetter morgen in Österreich meist ist der strahlen Sonnekeinzeln Früh, Nebelfelder lockern auf und Wolken gibt es kaum. Teils lebhafter Südostwind und am Nachmittag sehr warm, mit 23 bis 28 Grad. Im Westen stellen weiße sogar um 30 Grad.

Danke Andreas Lechner, das war das Abendjournal an diesem Dienstag. Julia Schmuck, Lukas Lingeinger und Paul Schiefer sagen Danke fürs Zuhören. Weiter geht es jetzt mit dem Journal Panorama. Am Wort ist Monika Feldner-Zimmermann.

Guten Abend.